

Name, Anschrift des/der Antragsteller/in
--

Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	
Internet:	

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport  
 Referat Integrationspolitik, Migrations- und Integrationsbeauftragte  
 Bahnhofplatz 29  
 28195 Bremen

## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung 2016

Sprachkurse lt. Bekanntmachung vom 16. Juni 2016

<b>1. Kursdauer</b> (voraussichtliches Beginn- und Enddatum)		<b>1a. Projektort</b>
Beginn:	Ende:	

<b>2. Ansprechpartner/-in und Verantwortliche/r für das Antragsverfahren</b>		
Name, Vorname		Telefon:
Anschrift/Email		

<b>3. Beschreibung zum Inhalt des Sprachkurses</b>

**4. Angaben zu Pkt. 10 der Bekanntmachung vom 16. Juni 2016 (Pkt. a-g)****5. Ggf. Ausführungen zu Nachweis Kinderbetreuung (Pkt. 10 h)****6. FINANZIERUNGSPLAN****AUSGABEN**

HONORARE (Bezeichnung der Tätigkeit / des Anlasses)	Stundenzahl	Honorarsatz in €	Betrag in €
<b>GESAMTBETRAG HONORARE in €</b>			

SACHAUSGABEN (siehe Pkt. 8 der Bekanntmachung ‚Zuwendungsfähige Ausgaben‘)	Betrag in €
<b>GESAMTBETRAG SACHAUSGABEN in €</b>	

**GESAMTAUSGABEN FÜR DAS PROJEKT in €**

<b>EINNAHMEN</b> (außer Eigenleistungen ohne finanziellen Aufwand)					
Es sind alle Einnahmen einzeln anzugeben, die dem Projekt zufließen.					Betrag in €
Eigenmittel (nur finanzielle Mittel, falls vorhanden, keine Voraussetzung)					
Spenden					
Bei anderen Behörden beantragte Mittel:	beantragt	bewilligt	abgelehnt	noch in Planung	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Bei sonstigen Trägern beantragte Mittel:	beantragt	bewilligt	abgelehnt	noch in Planung	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Sonstiges					
<b>Summe der Einnahmen in €</b>					<input style="width: 100px; height: 20px;" type="text"/>
<b>Gesamtausgaben für das Projekt in €</b>					<input style="width: 100px; height: 20px;" type="text"/>
<b>abzüglich Summe der Einnahmen in €</b>					<input style="width: 100px; height: 20px;" type="text"/>
<b>= ANTRAGSSUMME in €</b>					<input style="width: 100px; height: 20px;" type="text"/>

Laut Landeshaushaltsordnung dürfen Zuwendungen zur Projektförderung grundsätzlich nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Falls ein vorzeitiger Maßnahmebeginn notwendig ist, kann dies im Einzelfall unter Beifügung einer kurzen Begründung beantragt werden. In diesem Fall kann ein Vorbescheid ergehen, der - ohne Rechtsanspruch auf eine spätere Zuwendung - den vorzeitigen Maßnahmebeginn zulässt.

Mir/uns ist bekannt, dass ein Beginn der Maßnahmen - dazu zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zugrunde liegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Bestellung, Kaufvertrag, Honorarvertrag) - ohne vorherige Bewilligung bzw. schriftliche Zustimmung der Bewilligungsbehörde einen Förderausschluss zur Folge hat.

- Hiermit erkläre/n ich/wir, dass mit der geplanten Maßnahme noch nicht begonnen wurde.
- Ich/wir beantrage/n den vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die geplante Maßnahme, weil ...  
(Eine Begründung ist unbedingt erforderlich!):

## 7. Datenschutz / Kontrollen

Mir/Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (§ 11 Abs. 1 Bremisches Datenschutzgesetz - BremDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem BremDSG in der jeweils geltenden Fassung.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 3 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Höhe der Zuwendung, der Zuwendungszweck (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Zuwendungsart und die Finanzierungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts – sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen – veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungsempfängers/ Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Dies ist beispielweise der Fall, wenn die Angaben den Zuwendungsempfänger in seiner besonderen persönlichen Situation (gesellschaftliche, familiäre, wirtschaftliche, rechtliche) nachteilig berühren und aus diesem Grund ein Interesse an der Nichtverwendung der Daten besteht. Der Zuwendungsbericht wird auch im Internet veröffentlicht."

## 8. Erklärung Landesmindestlohngesetz

Nach dem am 01.09.2012 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetz gewähren die Freie Hansestadt Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie Einrichtungen im Sinne von § 4 Landesmindestlohngesetz Zuwendungen gem. § 23 LHO nur, wenn sich die Empfänger/innen verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn –zurzeit ein Entgelt von 8,80 € (brutto) pro Stunde – zu zahlen. Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens ein Entgelt von 8,80 € (brutto) je Zeitstunde zu zahlen.

Soweit zutreffend: In meinem/unseren Unternehmen kommt ein Tarifvertrag zur Anwendung, und zwar:

.....

## 9. Vorsteuerabzug gem. § 15 UStG

Der Antragsteller ist zum Vorsteuerabzug berechtigt?  Ja  Nein

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der/des Antragstellerin/-s